

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 6

Rubrik: Unsere grosse Verleumdung : einige Punkte zu lateinamerikanischen Fragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Briefe

Unsere grosse Verleumdung

Einige Punkte zu lateinamerikanischen Fragen

Wer sich als deklariertes Gegner des kommunistischen Totalitarismus der ganzen lateinamerikanischen Thematik nicht überhaupt entziehen will (und gerade das wollen wir mit unserer Berichterstattung aus jenem Kontinent vermeiden), sieht sich immer wieder an diesem eigentlichen Paradebeispiel der Frage ausgesetzt, ob er jetzt eigentlich für die oligarchischen Diktaturen oder für die dagegen ankämpfenden kommunistischen Bewegungen sei. Wir wollen heute einmal einen Leserbrief zum Anlass nehmen, um uns einigen symptomatischen Fragen in dieser Richtung zu stellen und vor allem nach Möglichkeit klarzumachen, was in solchen Fällen die Alternative nicht ist. (Im gleichen Rahmen wollen wir später auf unsere angeblich prorrussische Darstellung der Minderheitenfrage in der UdSSR zurückkommen.) Aber zunächst die Anklage:

Eine Replik

Zu «Lateinamerikanische Uebersicht – Der Fall Toha und die Opposition» (ZB, Nr. 4/1972)

Dieser Artikel ist nur darauf ausgerichtet, Chile und Kuba zu verleumden und die Guerilleros als Banditen und Mörder hinzustellen.

Chile: Das allabendliche Kochtopfkonzert in Santiago de Chile durch Damen der High Society war die Kriegserklärung der Bourgeoisie an die Regierung Allende. Zum Thema «Toha liess demonstrierende Hausfrauen spitalreif niederknüppeln» wäre eine Richtigstellung angebracht. Während des Staatsbesuches von Premierminister Fidel Castro zogen die gleichen eleganten Damen der höheren Gesellschaft, 5000 an der Zahl, begleitet von mehreren hundert bewaffneten Mitgliedern der rechtsextremistischen Jugendorganisation «Patria y Libertad», durch die Strassen von Santiago de Chile, veranstalteten ein Kochtopfkonzert, schrien über Lebensmittelknappheit und beschimpften Kuba. Diese Demonstranten provozierten schwere Zusammenstösse mit der Polizei.

Kuba: Ihnen zufolge wurden die kubanischen Streitkräfte geschaffen, um einen Diktator zu beschützen. Premierminister Fidel Castro braucht sich nicht gegen das kubanische Volk zu schützen. 8 600 000 Kubaner stehen hinter Fidel Castro. Ohne die dynamische Persönlichkeit Fidel Castros wäre Kuba heute noch unter dem blutigen und korrupten Regime Batista, einem Diktator, der wie einst Trujillo, Duvalier und viele andere heute noch herrschende Diktatoren volles Vertrauen, volle wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA genoss. Solche Diktaturen werden nicht nur stillschweigend geduldet, sondern auch voll unterstützt von der westlichen Welt, weil die gleichen korrupten Diktaturen das ausländische Kapital stützen.

Guerillas: Die Armut, die Arbeitslosigkeit, die gemeine Ausbeutung und Unterdrückung der Armen und Besitzlosen in den meisten Ländern Lateinamerikas ist himmelschreiend. Es gibt nur wenige Reiche, aber sehr, sehr viele Arme. Diese Länder exportieren Rohstoffe und Naturprodukte, eigene Industrie fehlt zumeist, der Export wird durch die grossen amerikanischen Konzerne getätigt, die wie riesige Spinnen im Lande sitzen und deren Gewinne an die Aktionäre und Geldgeber in die USA fließen. Dafür werden die meisten Konsumgüter sowie Maschinen und Transportmittel aus den USA importiert — eine sehr

gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeit. Grundbesitz ist fast ausschliesslich Grossgrundbesitz, die Armen und Allerärmsten — die Campesinos — besitzen kein eigenes Land. Die Polizei- und Militärorgane dieser Länder dienen nur einem Zweck — der harten und blutigen Unterdrückung ihrer eigenen Landsleute. Kein Wunder, dass es zur Rebellion kommt, dass sich sogar Priester den Rebellen anschliessen und dass sich die Angriffe der Guerilleros in allererster Linie gegen die Polizei, das Militär und die Banken richten. Die ELN, ELP, die FARC, die Tupamaros und wie sie alle heissen mögen, die ihr «Hydra-Haupt» erheben, wie Sie so schön sagen, haben noch lange nicht ihr letztes Wort gesprochen. — Wenn die Militär- und Polizeidiktaturen Südamerikas mit der wohlwollenden Komplizität der USA-Regierung die Bewohner ihrer Länder durch blutigen Terror, durch Folter und Mord unterdrücken, sobald sich eine Stimme gegen die Diktatur erhebt, so heisst dies wahrscheinlich bei Ihnen: «Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung». Finden einige von diesen Mördern und Folterknechten ihre gerechte Strafe, so wird der Spiess umgedreht, und die Rebellen werden als «selbstgerechte Henker und Terroristen» bezeichnet.

Ich will mich nicht als lateinamerikanischer Experte aufspielen. 1963 und 1967 war ich als Tourist in Lateinamerika; mein Aufenthalt war sehr begrenzt; ich war nur für sehr kurze Zeit in nur wenigen Ländern; was ich dort sah, genügt mir. Falls Sie noch nicht da unten gewesen sind, möchte ich Ihnen dringend raten, einmal nach Lateinamerika zu gehen und Augen und Ohren weit aufzusperren. R. S.

Eine Duplik

Sie haben zwar Ihren Brief zuhanden von Alphonse Max geschrieben, aber weil unser Korrespondent in Montevideo lebt, wo er ohne jede Unterstützung des internationalen Kapitals Augen und Ohren offenhält, will ich auf einige Punkte redaktionell antworten.

*

Zu Chile: Sie wissen also, dass die demonstrierenden Frauen in Chile in Wirklichkeit nur Damen der High Society waren. Auch die Regierung hat es gewusst, denn sie hat es bekanntgegeben, sogleich. Können Sie mir aber sagen, wie man zu einem solchen Wissen kommt? Hat man alle Tausende von Demonstrantinnen ver-

haftet und in Minutenschnelle ihre Personalien überprüft? Das war nicht der Fall. Was bleibt also? Gar nichts anderes als die Auffassung der Obrigkeit, dass jeder, der etwas gegen die Regierung meckern will, sich gefälligst als Vertreter der Bourgeoisie, als Klassenfeind und als Volksverräter zu betrachten hat, den man einstweilen polizeilich niederknüppeln kann (später nimmt sich dann normalerweise der Henker der konterrevolutionären Elemente an).

Und über die freie Verwendung des klassenkämpferischen Feindvokabulars hat man ja gerade aus Chile noch ganz andere Beispiele, welche die europäischen Sympathisanten eigentlich hätten stutzig machen sollen. Als 1971 die linksrevolutionäre Guerillabewegung MIR auch nach dem Machtantritt Allendes mit ihren illegalen Land- und Häuserbesetzungen fortfuhr, nannte der bewusste Innenminister Toha (der später die demonstrierenden Frauen zusammenschlagen liess) die Aktivisten jener Bewegung plötzlich «Konterrevolutionäre» und bedrohte sie mit schwersten Strafen. Und Allende selbst bezeichnete einen Ueberfall der MIR (sie ist ganz genau die chilenische Entsprechung der Tupamaros) auf einen Supermarkt als Aktion von «Rechtselementen», denen jede revolutionäre Qualität abzuspochen sei. Das hätten wir denn. Bei der Gelegenheit frage ich mich, ob die von Ihnen erwähnte rechtsextremistische Jugendorganisation «Patria y Libertad» wohl ebenso rechtsextremistisch ist wie die MIR ... oder wie ist das?

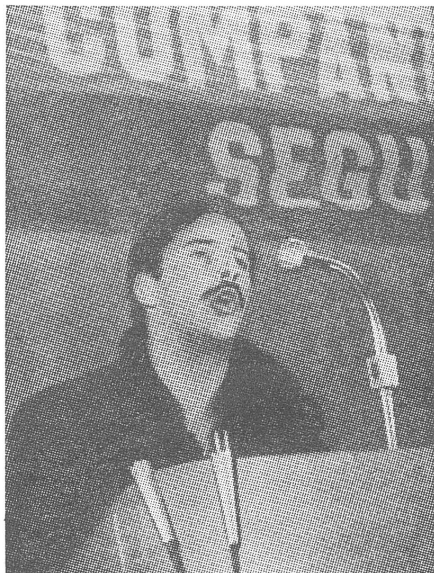
Und was ist mit den Arbeitern, denen Allende das Recht auf Streik abspricht? Vermutlich alles Herren der High Society, was?

Und was die Ungeheuerlichkeit anget, während einer Demonstration Kuba zu beschimpfen: Als Nixon 1958 (damals als Vizepräsident) Lateinamerika bereiste, wurde er von Demonstranten nicht nur beschimpft, sondern auch mit Tomaten und Eiern aller Reifestadien beworfen (ein Jahr später wurde er übrigens in Polen von der Bevölkerung bejubelt — en connaissance de l'autre cause). Was hätten Sie zu einem Polizeieinsatz gesagt, der 60 Demonstranten ins Spital gebracht hätte? Ich meine, dass die Demonstrationsfreiheit zur Demokratie gehört und dass das Schimpfen zum Selbstverständnis von Demonstranten gehört. Und ich meine das in bezug auf Brasilien und Chile usw.

*

Zu Kuba: Wie schön, dass 8,6 Millionen Kubaner hinter Castro stehen, und wie schade, dass er das nicht weiss! Denn wenn er es wüsste, brauchte er ja keine Bedenken zu haben, eine politische Opposition mit öffentlichem Auftreten zuzulassen und sich ihr im freien Wahlkampf zu stellen. Item: Wenn eine Regierung die Einmütigkeit der Bevölkerung verkündet und gleichzeitig jede Manifestation von Andersdenkenden unterdrückt, dann ist das immer ein Wahrzeichen des Faschismus (der sich natürlich auch «sozialistisch» nennen kann, wie das ja beispielsweise unter Adolphen der Fall war).

Es trifft durchaus zu, dass Diktatoren und Diktaturen wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA genossen und geniessen. Trujillo ist da allerdings nicht das beste und Duvalier das schlechteste Beispiel. Denn ausgerechnet Haiti unter Duvalier war dem Boykott der USA so ausgesetzt wie Kuba unter Castro.



Der chilenische MIR-Generalsekretär Miguel Enríquez. Allende und Toha nennen das linksrevolutionäre «Movimiento de Izquierda Revolucionaria» je nach Bedarf «rechtsstehend» und «konterrevolutionär», was die Auswechselbarkeit der Terminologie nach «Klassengesichtspunkt» zeigt.

Man könnte also von einem amerikanischen Boykott solcher Diktaturen wie diejenige Castros und Duvaliers sprechen, auf die Gefahr hin, dass Ihnen dieses Einheitspaket nicht so gefällt.

Tatsächlich wäre dieses Schema ebenso falsch, wie es Ihr Schema ist, und zwar aus dem gleichen Grunde, den Sie selber genannt haben, ohne aber seine allseitige Anwendbarkeit und Anwendung zu berücksichtigen: Die westlichen Kapitalanleger investieren nämlich in der Tat vorzugsweise dort, wo ihr Kapital gestützt wird, das heißt zum Beispiel in europäischen Industrieländern, zum Beispiel in Ländern mit einem etablierten kommunistischen Regime, zum Beispiel in korrupten Diktaturen Lateinamerikas. Den Unterschied macht unser öffentliches Gewissen (samt seinen Einflüssen auf das Kapital): Es erhebt sich gleicherweise, wenn man in nicht-kommunistischen Diktaturen investiert (Unterstützung der Diktatur, pfui!) und wenn man in kommunistischen Diktaturen nicht genügend investiert (friedensfeindliche Fortsetzung des Kalten Krieges, pfui!).

Den wirklich amoralischen Investitionsprinzipien des Kapitalismus entsprechen grundsätzlich seine Investitionshemmungen. Wo ihr Kapital in Gefahr ist, legen private Unternehmen nicht gerne an. Und hier ist die Praxis in der heutigen Zeit tatsächlich schlagseitig, weil es nämlich vorwiegend frisch «sozialistische» Staaten sind, die das private Auslandskapital gefährden, weil sie zunächst einmal ausgiebig zu nationalisieren pflegen. Prinzipiell gilt das aber, wie gesagt, für alle unsicheren Verhältnisse jeder Art; das Beispiel des wirtschaftlich total isolierten Haiti wurde schon genannt. Und vielleicht stellen Sie sich einmal vor, was für einen Aerger unsere kapitalistischen Autofirmen usw. hätten, wenn in der UdSSR eine antikommunistische Revolution ausbrechen sollte!

Eine andere Frage ist die Abhängigkeit vom ausländischen Geldgeber. Zunächst ist hier die über-

all so sicher «gewusste» Identität der Interessen kapitalistischer Unternehmen und ihres Heimatstaates ein bisschen in Zweifel zu ziehen. Es ist zum Beispiel offensichtlich, dass für amerikanische Oelfirmen die Existenz Israels ein Störfaktor ist, der ihnen im Geschäftsverkehr mit arabischen Ländern nur hinderlich ist; trotzdem wird Israel von den USA unterstützt. Das hängt letzten Endes eben damit zusammen, dass in «kapitalistischen» Staaten der Kapitalismus (Privateigentum an Produktionsmitteln) nur ein Teilaspekt ihrer gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit ist (und nicht einmal ein einheitlicher).

Und dann meine ich, dass es im internationalen Wirtschaftsverkehr Dependenz, Independenz und Interdependenz gibt, mit unterschiedlicher Gewichtsverteilung, aber kaum je in Reinkultur. Dass in Lateinamerika, bis vor kurzem so ungefähr ein Reservat für nordamerikanische Anleger, ein schlagseitiges Abhängigkeitsverhältnis besteht, liegt auf der Hand. Ueber die Wege zur Korrektur dieses Zustandes kann man vermutlich streiten, aber hier möchte ich wenigstens auf eine Konsequenz hinweisen: Wer immer postuliert, dass amerikanisches Geld per se schon Ausbeutung bedeutet, müsste eigentlich folgerichtig das Ausbleiben von jeglichen Wirtschaftskontakten mit den USA als völlige Freiheit von der amerikanischen Ausbeutung verstehen und damit zum Beispiel den Boykott Kubas durch die USA nicht etwa bejammern, sondern begrüßen.

*

Zu den Guerillas: Da wollen wir denn doch ein paar fundamental verschiedene Dinge ganz klar auseinanderhalten: Wenn egal welche Diktaturen Lateinamerikas mit oder ohne Komplizität der USA die Bewohner ihrer Länder durch blutigen Terror, durch Folter und Mord unterdrücken, sobald sich eine Stimme gegen die Diktatur erhebt, so heißt das bei uns entgegen Ihrer Wahrscheinlichkeitsrechnung Mord, Folter usw., unbeschadet darum, ob es sich da beispielsweise um Brasilien oder um Kuba handelt (der einzige Vorbehalt gilt hier wie dort der Nachweislichkeit dieser Dinge). Wenn nun aber, wie im inkriminierten Artikel, von den Tupamaros die Rede ist, so hat das damit rein gar nichts zu tun, oder vielmehr schon, aber mit umgekehrten Vorzeichen. In Uruguay werden die Tupamaros weder gefoltert noch umgebracht, aber sie selber üben ein Henkersregime aus, und zwar nicht gegen Mörder und Folterknechte, sondern gegen diejenigen, welche die Stimme gegen ihre Diktatur erheben. Man kann in Uruguay völlig ungehindert seine Stimme gegen das herrschende System erheben, und tut es auch. Man kann ferner seine Stimme dagegen an der Urne abgeben, und eine Minderheit hat es auch getan. Die Tupamaros erheben das Messer, und zwar nicht gegen die Diktatur, sondern gegen die Demokratie. Sie spielen ganz genau die Rolle der SA in der Weimarer Republik; natürlich gab es auch damals Leute, welche diese Organisation zur Widerstandsbewegung gegen die herrschende «plutokratische» und «verjudete» Gesellschaftsordnung emporstilisierten, aber diese Leute waren eben Hitlerfaschisten, tut mir leid.

Ich lege bei einer Diskussion über die lateinamerikanischen Guerilleros auf den Fall der Tupamaros besonderen Wert. Und nicht nur deshalb, weil sie bei uns konkret zur Diskussion

standen, sondern auch deshalb, weil in Uruguay die Verhältnisse grundsätzlich eindeutig liegen. In anderen Ländern nun ist das nicht der Fall, und deshalb sollte man sich viel mehr gegen die Tendenz unserer öffentlichen Meinungsbildung wehren, die Verhältnisse in der jeweils nachweislichsten Diktatur zur Rechtfertigung etwa der Tupamaros anzuführen, wobei die zu diesem Zwecke bestmögliche Diktatur gleich auch noch als typisch für den ganzen Kontinent zu gelten hat.

Und jetzt trotz allem noch ein Wort zur Auseinandersetzung Regime—Guerilla in Staaten mit fraglos bestehenden diktatorischen Strukturen: Ich bin ein «professioneller Antikommunist» und gehöre insbesondere zu den sattsam bekannten «antisowjetischen Elementen». Wenn nun beispielsweise in einem Moskauer Kino eine von antikommunistischen Attentätern gelegte Bombe explodieren sollte, so werde ich die Unterdrückung der Bevölkerung durch das Regime nicht daran messen, dass es die Attentäter verfolgt; da habe ich entschieden bessere Kriterien. Ich nehme an, es gibt auch bezüglich Brasilien oder so bessere Kriterien, und es wäre um die Güte der Beweisführung über die allgemeine Unterdrückung besser bestellt, wenn sie etwas weniger auf die Behandlung von Bombenlegern zentriert wäre. Aber bitte beachten: Wer mir aus dieser Aussage gerne eine Unterstützung lateinamerikanischer Diktaturen ableiten möchte, müsste mir schon im gleichen Ausmaß eine Unterstützung der Kremfführung zubilligen; anders geht es nämlich nicht, oder dann nur gelogen. Tja, eben: Wir haben nämlich bei aller Spezialisierung in bezug auf Diktaturen sowjetischen Typs eine allseitige Abneigung gegen Diktaturen, und das ist es, was wir so häufig bei jenen vermissen, die auf andere Diktaturen spezialisiert sind. Anders gesagt: Wir sind antifaschistisch ohne Vorbedingungen.

So. Und jetzt kommt das, was zur Rechtfertigung gegenwärtiger oder zukünftiger kommunistischer Regimes immer als Hauptsache dargestellt wird: Der Reichtum der wenigen und die Not der Massen. Der Grossgrundbesitz. Die Monopole. Die Gesamtheit des sozialen Unrechts.

Vielleicht wäre es hier angebracht, der Simplifikation entgegenzuwirken. Etwa auf den Fall von Venezuela (11 Millionen Einwohner) hinzuweisen, wo zwischen 1959 und 1972 rund 400 000 Familien vom Staate gratis eigenen Boden zugewiesen erhalten haben, samt (einfachen) Häusern, Werkzeugen und einem (noch ungenügenden) Ausbau an Infrastruktur. Die üblen Dinge sind also kein Schicksal, das bis auf eine kommunistische Revolution unabänderlich wäre.

Aber lassen wir einmal die Vereinfachung in der Darstellung der sozialen Zustände gelten, um ganz eindeutig festzuhalten, was sich daraus nicht ergibt:

Das Vorkriegs-Ungarn wurde das «Land der drei Millionen Bettler» genannt, und das kam (abgesehen von der Frage nach der genauen Zahl) nicht von ungefähr. Die Zustände waren so, dass die Aussage jedenfalls sinngemäss zutrif. Sollte das nun im geringsten eine Rechtfertigung für die frontistische Organisation der Pfeilkreuzler sein, welche die bestehenden Zustände mit den jugendstarken und progressiven Gedanken von Hitlers «Neuordnung Europas» sanieren wollte?

Christian Brügger